Deutscher Bundestag **Drucksache 15/315**

15. Wahlperiode 15. 01. 2003

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Dr. Chistian Eberl, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion der FDP

Ökologisch sinnvolle und effiziente Alternativen zum Zwangspfand auf Getränkeverpackungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die im Rahmen der Verpackungsverordnung (VerpackV) vorgesehene Pfandpflicht für bestimmte Getränkeverpackungen ist durch aktuelle Erkenntnisse aus Ökobilanzen obsolet geworden. In Kenntnis dieser Tatsache hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gleichwohl auf einem Vollzug der ökologisch und ökonomisch kontraproduktiven Zwangspfandregel bestanden. Bereits wenige Tage nach Wirksamwerden der Pfandpflicht sind erhebliche Probleme evident geworden, die durch eine rechtzeitige Novellierung der VerpackV hätten vermieden werden können.

Die Umwelt wird durch das Zwangspfand nicht entlastet. Die Ungereimtheiten des gegenwärtigen Systems irritieren die Verbraucherinnen und Verbraucher und belasten die betroffenen Wirtschaftsunternehmen unnötig. Aus ökologischer Sicht hat u. a. der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung die Einschätzung der FDP neuerlich bestätigt, wonach das Zwangspfand klassische Mehrwegverpackungen längerfristig auch dort zu verdrängen droht, wo diese aus Umweltgründen besonders vorteilhaft sind. Unterdessen steigen die privaten Direktimporte von Getränkedosen und Plastikflaschen in den Grenzregionen Deutschlands z. T. drastisch an, während ein führender deutscher Getränkehersteller nach eigenen Angaben wegen der Pfandpflicht auf Getränkedosen und Einwegflaschen seit dem 13. Januar 2003 Kurzarbeit angesetzt hat. Unterdessen warnt die deutsche Entsorgungsbranche vor der Gefahr eines weiter zunehmenden Konzentrationsprozesses in der Entsorgungswirtschaft und dem Einzelhandel sowie vor monopolistischen Strukturen bei der deutschlandweiten Koordinierung des Pfandsystems. Ohne Korrekturen könne das gegenwärtige System mehr ökologisch nachteilige Verpackungen und weniger Wettbewerb zur Folge haben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- unverzüglich eine ökologisch zweckdienliche und ökonomisch verantwortliche Novelle der Verpackungsverordnung zu erarbeiten,
- zumindest bis zum Abschluss der in dieser Sache vor höchsten deutschen Gerichten schwebenden Verfahren den weiteren Vollzug der so genannten Zwangspfandregel im Rahmen der geltenden Verpackungsverordnung auszusetzen, um ökologisch kontraproduktive, irreversible Investitionsentscheidungen zu vermeiden und wettbewerblich unerwünschte Folgen der Zwangspfandregel abzuwenden,
- zur Fundierung umweltpolitischer Ziele im Rahmen einer Novellierung der Verpackungsverordnung allein auf die Ergebnisse ökobilanzieller Bewertungen von Verpackungsarten abzustellen,
- entsprechende Ziele der Verpackungsverordnung regelmäßig den jeweils aktuellen ökologischen Erkenntnissen anzupassen und die ökologischen Zielgrößen entsprechend flexibel zu gestalten,
- das so genannte Zwangspfand nicht länger als Steuerungsinstrument der Verpackungsverordnung vorzusehen und stattdessen – unter Berücksichtigung einschlägiger Erfahrungen in europäischen Partnerländern – zweckdienliche Alternativen unter besonderer Berücksichtigung eines Systems handelbarer Lizenzen für ökologisch nachteilige Verpackungen zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen,
- in einen kooperativen und konstruktiven Dialog mit den Ländern sowie der Verpackungs- und Getränkewirtschaft einzutreten und die Einführung eines zum Zwangspfand alternativen Systems vorzubereiten sowie
- in diesem Rahmen das bereits im vergangenen Jahr seitens der deutschen Getränkewirtschaft vorgelegte Angebot aufzugreifen, wonach das Problem der „Landschaftsvermüllung“ dadurch gelöst werden soll, dass in Kooperation mit dem Handel sowie mit der Verpackungs- und Getränkeindustrie ein Fonds für Landschaftsschutz eingerichtet wird, aus dem diejenigen Bürgerinnen und Bürger Geld erhalten, die die Landschaft von weggeworfenen Verpackungen säubern.

Berlin, den 14. Januar 2003

Birgit Homburger
Dr. Chistian Eberl
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333